

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Halbes-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Herausg.

Tagblattausgabe Nr. 6950-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 37.—, in den Ausgabenstellen: M. 38.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 40.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabenstellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entfallenden Entgelts.

Einzelgenpreise: Ortliche Anzeigen M. 7.—, Finanz- und Wirtschafts-Anzeigen M. 10.—, auswärtige Anzeigen M. 10.—, örtliche Reklamen M. 20.—, auswärtige Reklamen M. 25.— für die einmalige Aufnahme oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr mittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Erweiterung der Wiesbadener Tagblatt-Verlag: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Donnerstag, 3. August 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 357. + 70. Jahrgang.

Die Weltkrisis.

Das ewige Gerede von der Lösung des Reparationsproblems hat über Nacht durch zwei Noten eine Zuspitzung erfahren, die von welthistorischer Tragweite sein kann. Der englische Minister Balfour hat an die Regierungen Frankreichs, Italiens, Südamerikas, Rumaniens, Portugals und Griechenlands eine Note übermittelt, die auch dem amerikanischen Botschafter „aus Gründen der Höflichkeit“ zur Kenntnis gebracht worden ist, worin sich Großbritannien bereit erklärt, alle ihm von den Alliierten geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bilden würde. Da indessen Amerika von England die Rückzahlung aller seiner Schulden nebst Zinsen verlange, so könne England nicht auf die Rückzahlung der Guthaben, die es bei seinen alliierten Schuldnern habe, verzichten, wenn nicht dieser Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes zur Streichung der internationalen Schulden bilde. Mit anderen Worten fordert also England seine europäischen Staatsschuldner auf, ihren Verpflichtungen gegen Großbritannien möglichst bald nachzukommen, damit dieses die eigenen Schulden bei den Vereinigten Staaten abzutragen imstande sei. Natürlich weiß die Londoner Regierung genau, daß Englands europäische Schuldner mit Einschluß Frankreichs jetzt gar nicht an eine Abtragung ihrer Schulden denken können. Aber offenbar will die englische Regierung noch unmittelbar vor der Londoner Besprechung mit Poincaré der Welt klar beweisen, wozu es führt, wenn jede einzelne Macht auf ihrem Schuttschein besteht. Daneben bedeutet die englische Note selbstverständlich auch einen letzten eindringlichen Einwirkungsversuch auf Amerika, seine bisherige Haltung aufzugeben und seinerseits durch Schuldenerlass gegenüber England eine gründliche Lösung des Reparationsproblems und damit eine Gesundung der Weltwirtschaft zu ermöglichen. Der internationale Schuldenausgleich allein kann die politische und wirtschaftliche Weltkrisis beseitigen. Werden die Vereinigten Staaten diesen mächtigen Appell an ihre Pflicht wiederum unbeachtet lassen? Wenn nein, so kann in absehbarer Zeit die Welt gesunden. Bleibt dagegen Amerika hartnäckig, so erfährt die Weltkrisis eine Verschärfung, die in den nächsten Monaten schon zu unabsehbaren Katastrophen führen kann.

Dies um so mehr, als der französische Ministerpräsident Poincaré die Frage der Ausgleichszahlungen ganz offensichtlich zu einer Machtprobe innerhalb der Alliierten ausgestalten möchte. Ohne sich mit diesen zu beschäftigen, hat Frankreich in schärfster Form von der deutschen Regierung bis zum 5. August eine Erklärung verlangt, ob sie trotz ihres Stundungsversuches die am 15. August fällige Rate von 2 Millionen Goldmark auf das Ausgleichskonto zahlen wolle oder nicht. Raum hatte die deutsche Antwort darauf zu erwidern, daß das abhängig gemacht werden müsse von der Entscheidung über das Moratorium, das bei der Reparationskommission von Deutschland beantragt sei, da schickte Herr Poincaré postwendend eine neue Note, worin er unter Androhung von „Ausgleichsmaßnahmen“ darauf besteht, daß Deutschland bis zum 5. August die Verschönerung abzugeben habe, daß es die Pflichtsumme von 2 Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlen werde. Welches die Ausgleichsmaßnahmen sein sollen, darüber verweigert Herr Poincaré ausdrücklich jede Mitteilung; er beschuldigt nur noch die deutschen Privatleute, daß sie durch Ankäufe fremder Devisen die Markentwertung selbst verschuldet hätten.

Wie ist die Rechtslage? Deutschland ist in der Tat durch das Diktat vom 10. Juni vorigen Jahres verpflichtet, monatlich 2 Millionen Pfund Sterling zum Ausgleich von Vorkriegsschulden an die alliierten Gläubiger zu zahlen. Es ist dieser Verpflichtung bisher regelmäßig nachgekommen. Nachdem aber die letzten gewaltigen Markstürze die Unmöglichkeit ergeben haben, in Zukunft neben den Reparationszahlungen auch die monatlichen Ausgleichsraten, die fast ebenso hoch sind, zu leisten, hat Deutschland für diese Zahlungsverpflichtungen je ein Moratorium verlangt. Es hat keineswegs angekündigt, daß es die Zahlungen der nächsten Termine nicht leisten wolle, es hat sich im Gegenteil erboten, statt der jetzt unes möglich hohen Raten geringere zu zahlen. Poincaré aber verlangt, daß Deutschland die Entscheidung der Alliierten, die selbstverständlich gemeinsam von ihnen getroffen werden muß, gar nicht abwartet, sondern schon im voraus erklärt, den nächstfälligen Termin für die Ausgleichszahlungen wahrnehmen zu wollen. Das ist eine ganz unbedingte Forderung, und sie kann

um so weniger durch Strafmaßnahmen verstärkt werden, als ja Deutschland mit seinen Zahlungen überhaupt noch nicht in Verzug geraten ist. Das Verlangen Poincarés ist um so verwunderlicher, als inzwischen sowohl die belgische wie die englische Regierung offen und korrekt erklärt haben, daß sie die beiden Moratoriumsversuche Deutschlands gleichzeitig beraten und beantworten wollen. Herr Poincaré befindet sich also mit seinen Forderungen im Widerspruch mit seinen Bundesgenossen. Wenn er trotzdem auf seinem Willen besteht, so kann der Grund nur darin liegen, daß er vor der Londoner Zusammenkunft Tatsachen schaffen möchte, welche Lloyd George und den anderen alliierten Staatsmännern zeigen sollen, daß Frankreich auch allein und selbständig gegen Deutschland vorgehen imstande ist. Gleichzeitig soll für die Londoner Zusammenkunft ein Kompensationsobjekt geschaffen werden, um bei den dort zweifellos einsethenden gegenseitigen Abhandlungsversuchen Frankreich eine Möglichkeit zu verschaffen, etwaige Zugeständnisse teuer zu verkaufen. Es ist also nicht so sehr der Wunsch, am 15. August die unverkürzte Ausgleichsrate aus Deutschland zu bekommen, als vielmehr der politische Beweggrund, Frankreichs Macht gegenüber den anderen Alliierten zu beweisen, der den französischen Ministerpräsidenten veranlaßt, Sanktionen für den 5. August anzukündigen im Falle der Nichterfüllung von Zahlungen, die erst am 15. August fällig werden.

Poincarés neuestes Vorgehen darf angesichts der Machtlosigkeit Deutschlands nicht einfach mit Achselzucken hingenommen werden. Die deutsche Regierung hat deshalb alsbald ernsthafte Beratungen innerhalb der zuständigen Reichsämter und mit den Parteiführern der Regierungskoalition begonnen, um ihre Antwort auf diese neue französische Note festzulegen. Die Führer sämtlicher Parteien waren dabei mit der Reichsregierung einig, daß in diesem für die Welt und besonders für Deutschland so kritischen Augenblick ruhige Entschlossenheit des ganzen Volkes das Gebot der Stunde sei.

Die Stellungnahme der Reichsregierung zur neuen Note Poincarés.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Salbamtlich wird mitgeteilt: In der Reichstagskammer fand gestern eine Besprechung des Reichstagspräsidenten mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen und der Unabhängigen statt. In der Aussprache stimmten die Parteiführer mit der Regierung darin völlig überein, daß die geordnete innere und auswärtige Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert.

Über die Stellungnahme der deutschen Regierung gegenüber der französischen Forderung erfahren wir, daß diese auch gegenüber der neuesten Note Poincarés unverändert bleiben werde, wie sie in der deutschen Note vom 10. Juni niedergelegt wurde. In Berliner diplomatischen Kreisen habe die ultimative Note Poincarés keine Überzeugung herbeigeführt, da man darauf vorbereitet war, daß der französische Ministerpräsident die „Gelegenheit“ nicht unbenutzt lassen werde, seine Karte „Dard“ zu zeigen. Man habe bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß Poincaré beabsichtige, in dem besetzten Gebiet des Rheinlandes die Einnahmen des Deutschen Reiches, die Zölle, Steuern, Eisenbahn- und Telegrafeneinkünfte zu beschlagnahmen. Es habe jedoch fest, daß Poincaré mit keinem Schritt vollkommen auf eigene Faust handle. Nach einer Berliner Meldung beabsichtige Poincaré sogar als Entschädigung gegen die Weigerung Deutschlands dem Ministerpräsidenten vorzuschlagen, das Eigentum einiger deutscher Großindustrieller im Rheinlande zu beschlagnahmen, ferner die Ausweisung der Staatsangehörigen die gegenwärtig in Elsass-Lothringen abgedient seien. Auch könnten Vollstreckungsmaßnahmen im Ruhrgebiet in Aussicht genommen werden. Die Reichsregierung sieht es als ein unmögliches Vorgehen an, schon vor der Fälligkeit der Schuld so weitgehende Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Einige Hoffnung schöpft man in deutschen Kreisen aus der Nachricht, nach der England unter Umständen zur Aufgabe aller seiner Ansprüche auf die deutschen Reparationsleistungen und auf alle Forderungen auf Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten vorliehen würde, falls ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes darstelle, der sich mit dem großen Problem im ganzen befaßt und zu einer befriedigenden Lösung gelangen lasse. Das darstellende Bestreben in England läßt sich langsam bemerkbar machen, wenn auch bisher ohne erkennbaren Erfolg, bei dem Auswärtigen Amte nicht neu.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Das Berl. Tagblatt berichtet sich mit der Note Poincarés und mit der Haltung der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird sich den Forderungen Poincarés nicht beugen, weil sie die erforderlichen Leistungen nicht erfüllen kann. Sie sei zu ruhiger Entschlossenheit bereit, verlange eine solche aber auch vom ganzen deutschen Volke. Wichtig sei die innenpolitische Situation, besonders im Hinblick auf Bayern. Die Zeitung hofft, daß der ernste Ruf zur Ruhe und Entschlossenheit, der die Reichsregierung mit sämtlichen Parteien vereinigt hat, überall Gehör finde, und daß der Ruf dieser Politik die Erlösung des Reiches und der Länder beruhe.

D. Paris, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Wie berichtet wird, wurde die Antwortnote Poincarés knapp vier Stunden nach der Übermittlung der deutschen Erklärung vor seiner Abreise nach London eine Erwiderung Deutschlands zu erhalten, die als Grundlage für die Verhandlungen mit den anderen Verbündeten dienen soll.

Die Schuldennotz Balfours.

W. T. B. London, 3. Aug. Reuter meldet aus Washington: Offizielle Kommentare zu der Note Balfours sind nicht zu haben. Die finanziellen Beamten neigen zu der Annahme, daß die Note hauptsächlich bestimmt ist, die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré zu beeinflussen. Die amtlichen Kreise erklären sich zufrieden damit, daß die britische Regierung erklärte, sie beabsichtige, die Zinszahlung der britischen Schuld an Amerika im Oktober zu vollziehen. Ein Ergebnis der Note werde vielleicht sein, die Kommission der amerikanischen Schuldenkommission zu beauftragen, in der nächsten Session des Kongresses ein Gesetz anzukommen, das die Zinsrate herabsetzt und die Periode für die Rückzahlung der britischen Schuld erweitert.

W. T. B. London, 3. Aug. „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, die französische Regierung habe keine Zeit verloren, auf die Balfour-Note zu antworten, zwar nicht direkt, aber in Form eines Ultimatum an Deutschland. Eine höchst delicate und schwierige Lage sei somit entstanden. Sie sei so schwierig, daß entweder eine einseitige Regelung erreicht werden müsse, oder daß die Spannung größer werden müsse, als man alschließlich annehmen konnte. Offenbar werde Lloyd George in seiner heutigen Unterabrede in der Lage sein, die allgemeine Lage in Paris zu verkünden.

Wie aus New York gemeldet wird, schreibt „New York Globe“ über die Balfour-Note, es würde tödlich sein, wenn die Vereinigten Staaten auf die reichhaltigen Summen verzichteten, so lange Europa nicht bereit sei, seine unumögliche politische und wirtschaftliche Haltung aufzugeben, die es seit dem Waffenstillstand eingenommen habe. Wenn aber derartige Zusicherungen gegeben werden könnten, dann würde Amerika seinerseits zurückweichen, wenn es sich an das Tragbild der Rückzahlung der Schuld klammern wollte.

„New York Times“ kritisiert die Note stark und nennt es Follie, die amerikanischen Gefühle zu irritieren. Lloyd George habe die Angelegenheit beim verfehlten Ende angelangt.

Das führende amerikanische kommerzielle Blatt „New York Journal of Commerce“ sagt dagegen, die Note werde eine Frage auf, die formell und in gewöhnlicher Weise behandelt werden sollte. Die amerikanische Politik sei bisher engbar gewesen. Die Zeit werde kommen, wo die Lage in menschlicher und großzügiger Weise betrachtet werden sollte.

„Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel, das einzige Land, das Grund habe, sich über die Balfour-Note zu freuen, sei Deutschland, weil die Note gezeichnet sei, die Klutt zwischen Großbritannien und Frankreich zu erweitern.

W. T. B. Paris, 3. Aug. Das „Journal des Débats“ schreibt zur englischen Note in der Frage der Kriegsschulden: Der unmittelbare Entschluß der englischen Regierung, die plötzlich eine seit 14 Tagen schon hergestellte Note überreicht, ist ein Rätsel. Der für die Abwendung des Schritts gewählte Zeitpunkt übertrifft am Vorabend der Londoner Besprechung am selben Tag, wo der Beginn dieser Verhandlungen zeitlich festgelegt worden ist. Wäre es nicht besser gewesen, daß man abwartet und sich mündlich darüber unterhalten hätte? Vielleicht möchte man sagen, das englische Kabinett wolle, daß Poincaré einen Plan vorzulegen wolle, und habe ihm den Boden unter den Füßen wegziehen wollen. Man sieht schwer, auf welcher Grundlage jetzt eine Verständigung möglich wäre. Zu welchen Belästigungen können also die nächste Woche in London versammelten Staatsmänner kommen? Wir machen nicht den Anspruch, es sagen zu können. Durch die englische Note wird die Lage ganz und gar gewandelt.

Der „Times“ hat am Schluss seines Leitartikels: So gemahnt in der Praxis die englische Forderung ausfallen mag, die französische Regierung muß Vorlesungen treffen, ihr nachkommen zu können. Dazu hat sie nur ein Mittel: ein System ins Werk zu setzen, das ihr die unmittelbare Einziehung gleich hoher Summen von Deutschland ermöglicht. Denn die Einziehung dieser Summen ist durch den Entschluß Englands einen besonderen dringenden Charakter, der im Berliner Vertrag nicht vorgesehen war.

Die „Liberté“ schreibt: Es ist klar, daß Frankreich seine Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland wieder gewinnt, die es mehr oder weniger ansgewonnen hatte. So lange oft verheißene und niemals gewährte Kompensationen in Aussicht standen. Diese Aussicht auf eine solche Kompensation war uns vor, wie man einem Kinde ein Spielzeug zeigt, damit es still ist. Der Schmeichler, der die englischen Hintergedanken verheißt, ist jetzt entlarvt. Unsere Freunde, die niemals ernstlich daran gedacht haben, für ihre eigene Rechnung das mindeste Opfer zu bringen, belästigen uns alle erdenklichen Zwangsmaßnahmen zu entreißen. Jetzt, wo ihr Ziel aufgedeckt ist, dürfen wir uns über die Unterstellung, die wir von anderen zu erwarten haben, nicht mehr den Schatten einer Illusion machen. Rechnen wir nur auf uns selbst und führen wir endlich unseren Schuldnern gegenüber eine feste Politik durch.

Die französisch-belgische Meinungsverschiedenheit.

W. T. B. Paris, 3. Aug. Der belgische Ministerpräsident Theunis hat einem Redakteur des „Devoir“ zu der Frage der Ausgleichszahlungen erklärt, in seiner Antwort an die deutsche Regierung bemerke Poincaré, er unternehme keine Unterhandlungen, um die Zahlung der den Ausleihgeheimen schuldischen Summen durch die wahre Schuldner, d. h. durch die Privatpersonen, zu ermöglichen. Indem der französische Ministerpräsident das sagt, nähert er sich dem belgischen Standpunkt. Wenn man in Brüssel sich weigert, die Ausgleichszahlungen von den Reparationen zu trennen, wolle man nicht, daß das Reich sich für die Staatsausgaben zahlungsunfähig erklären könne und sich an die Stelle seiner Staatsbürger lege. Man beabsichtige in Belgien, daß wenn man die Deutschen zwingt, sie vorziehen würden, die Ausgleichszahlungen zu leisten und sich den Reparationszahlungen zu enthalten. Das wäre vollkommen zum Vorteil der deutschen Großbankiers und der deutschen Industriellen. Aber gerade diese seien es, die alle Welt zum Zuhlen zwingen wolle. Die französisch-belgische Meinungsverschiedenheit drehe sich also nur um die Methode. Im Laufe der Beratungen von London werde es zweifellos möglich sein, eine mittlere Linie zu finden, die alle Verbündeten annehmen könnten.

Poincarés Reparationsplan.

W. T. B. Paris, 3. Aug. Der „Petit Parisien“ berichtet über den französischen Reparationsplan, den Poincaré nächste Woche in London entwickeln will. Obwar das Blatt nichts Genaues weiß, laßt es, es sei vielleicht nicht unmöglich, ihn zu erkennen. Der Plan enthalte zwei Teile:

1. die definitive Festlegung der deutschen Schuld, die verknüpft werden soll mit einer evtl. Regelung der interalliierten Schulden, und
2. die Kontrollmaßnahmen.

Die deutsche Schuld, wie sie am 5. Mai 1921 festgelegt worden sei, werde in zwei Teile geteilt. Der erste Teil bestehe aus dem Betrag der Obligationen der Serien A und B, betrage also 50 Milliarden Goldmark, der zweite bestehe aus den Obligationen der Serie C, erreiche also die Summe von 70 bis 85 Milliarden Goldmark. Der erste Teil solle für realisiert werden, vom zweiten Teil sollen, je nachdem diese Maßnahme durchgeführt werde, Beträge annulliert werden. Jedoch müsse der ganze Betrag von 50 Milliarden für die Reparation der Schäden selbst verwendet werden. Die Mobilisierung solle erfolgen durch internationale Anleihen, und es solle gleich im ersten Stadium der Zahlungen festgelegt werden, daß die Zahlungen nur befristet werden. 30 Prozent des Gesamtbeitrages der Schuld ausmachen können. Als Kontrollmaßnahmen seien vorgesehene eine Währungsreform, also eine Stabilisierung der deutschen Mark, Kontrolle der Einnahmen, damit diese direkt und sofort dem Grantenausgleich übermitteln werden könnten, und endlich eine Abgabe vom Kapital, beispielsweise dadurch, daß 25 Prozent vom Kapital der deutschen Industrie-Unternehmen abgezogen werden. Da seien einige der Initiativen, die es gestattet würden, mit Hilfe der alliierten Regierungen die Finanzwirtschaft über Deutschland auszurichten.

Am London, 2. Aug. Aus halbamtlicher Quelle wird gemeldet, daß die Besprechungen zwischen Lloyd George und Poincaré sich nicht länger als zwei bis drei Tage ausdehnen werden. Lloyd George hoffe daher, am 9. Aug. einer Feier, die in Amiens stattfinden soll, beizumohnen zu können.

Banderlip über die Londoner Konferenz.

D. Paris, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter der „Ere Nouvelle“ hat in München den Amerikaner Banderlip interviewt. Wenn ein neuerlicher Irrtum auf der Londoner Konferenz begangen wird, sei eine Katastrophe unermesslich. Wenn Poincaré und Lloyd George es nicht fertigbringen, das Wirtschaftsleben Europas auf neue in Bewegung zu setzen, werden die Folgen katastrophal sein. Deutschland befindet sich in einer Zwangslage. Wenn die Mark zu steigen beginnt, droht der Export, fällt aber die deutsche Mark, dann folgt eine ungeheure Krise, wie die Verringerung des Kredits und die Erhöhung der Lebensmittelpreise. In beiden Fällen sind soziale Unruhen zu erwarten.

Das Reich kauft keine Devisen mehr.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat sich in Anbetracht des katastrophalen Marksturzes veranlaßt gesehen, den Devisenkauf für die Reparationsleistungen einzustellen.

Die Forderung von Braunkohlenbriketts an die Verbandsmühle.

W. T. B. Köln, 2. Aug. Gegenüber anders lautenden Meldungen wird von amtlicher Seite festgestellt, daß von den Verbandsmühlen für den Monat August Lieferungen in Braunkohlenbriketts abberufen worden sind, die die Menge des Monats Juli um 22.000 Tonnen übersteigen. Es besteht deshalb keine Aussicht, daß in diesem Monat den inländischen deutschen Verbrauchern größere Mengen ausgeteilt werden können.

Die Verzögerung des Zusammentritts des Staatsgerichtshofes.

W. T. B. Berlin, 2. Aug. Unter der Überschrift: „Die Sabotage am Staatsgerichtshof beginnt“ druckt die „Kölnische Volkszeitung“ ab, wonach die für den 10. August vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik angeordnete Verhandlung nicht stattfinden wird. Das Verzeichnis der Verhandlung ist verzögert, da die Zusammenkunft des Staatsgerichtshofes noch eine Änderung eintreten werde.

Diese Behauptung entbehrt, wie wir hören, jeder Begründung. Die Verzögerung des Zusammentritts des Staatsgerichtshofes erklärt sich vielmehr dadurch, daß noch nicht alle Anträge der Verordnungsstellen vorliegen, an die sich die Regierung mit der Bitte um Übernahme des Richterpostens am Staatsgerichtshof gewendet hat.

Aus Kunst und Leben.

* Mannheimer Nationaltheater. In dem abgelaufenen unter Leitung des Intendanten Dr. Adolf Knecher lebenden Spieljahr fanden, wie uns aus Mannheim gemeldet wird, 3 Aufführungen statt, in der Oper: „Doktor Eisenbar“, musikalische Komödie von Hermann Silber; im Schauspiel: „Eskimo“, Weltgeschichte von August Strindberg, und „Des Glöckers Schatten“, Lustspiel von Ludwig Kufka. Zur Eröffnung kamen in der Oper: „Beatrice und Benedikt“ von Hector Berlioz, „Tannhäuser“ (Bariker Bearbeitung) von R. Wagner, „Die Fägel“ von Walter Brunsfels, „Der Vetter aus Dingsda“, Operette von Edward Künneke, im Schauspiel 15 Werke, darunter: „Maurer“, von Emil Göt, „Die armen Leute“, von Carl Hauptmann, „Vater und Sohn“, von Joachim von der Goltz, „Die Trübsal“, von Franz Werfel (Curtius), „Hörst du Schrei“, und „Die Kaffee“, von Carl Sternheim. Der Akt am Scheitern, von Bernard Shaw, „Jeremias“, von Stefan Zweig, „Der Weltlauf mit dem Schatten“, von Wilhelm v. Scholz. Neuinszeniert wurden in der Oper: „Die Weibchen von Nürnberg“, und „Trübsal und Freude“, von Richard Wagner, „Così fan tutte“, von Mozart, „Idello“, von Verdi, „Die lustigen Weiber von Windsor“, von Nicolai, „Margarete“, von Gounod, sowie die Operetten „Der Vogelwandler“ und „Der fidele Bauer“, im Schauspiel: „Lüke Miller“, „Wilhelm Tell“, und „Die Jungfrau von Orléans“, von Schiller, „Das Mädchen von Heilbronn“, von Kleist, „Herr und Bauer“, von Grillparzer, „Das Leben ein Traum“, von Calderon, „Der Kaufmann von Venedig“, von Shakespeare, „Kosmopolis“, von Ibsen, „Lustig“, von Möller, „Ein Diener zweier Herren“, von Goldoni, „Der Schindler“, von Benedikt, Im Mai wurde eine „Deutsche Opernwache“ mit 7 Darstellungen und eine „Schiller-Wache“ veranstaltet. Im ganzen wurden im abgelaufenen Spieljahr im Nationaltheater 332 im Neuen Theater und 116 Vorstellungen gegeben, davon 60 Volks- und Theatergemeinschaften, 10 Schüleraufführungen.

* Graham Bell. Wie aus London gemeldet wird, ist in New-Scotland (Brit. Nordamerika) Dr. Alexander Graham Bell, der Erfinder des Telefons, im Alter von 75 Jahren gestorben. Wenn auch der Deutsche Philipp Reis (geb. 1834 in Gelnhausen, gestorben 1874 in Friedrichsdorf bei Homburg) der eigentliche Erfinder des Fernsprechers ist, so hat sich doch erst das von Graham Bell im Jahre 1872

Die bayerische Antwort abgehandelt.

Br. München, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die bayerische Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld ist, wie wir erfahren, am Mittwochabend nach Berlin abgegangen. Sie hat die Billigung der Koalitionsparteien und der bayerischen Mittelpartei gefunden und in einer kurzen Ministerbesprechung ihre redaktionelle Festlegung erfahren. Das Antwortschreiben wird am Donnerstagvormittag dem Reichspräsidenten überreicht werden. Die Veröffentlichung ist für Donnerstagmittag gleichzeitig in München und in Berlin im Benehmen mit den alliierten Stellen geplant.

Die parteiamtliche bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu der Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten auf das Schreiben des Reichspräsidenten: Nach der ganzen bisherigen Haltung der Staatsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien kann ohne weiteres angenommen werden, daß in dem Brief der bayerische Standpunkt in vollem Umfang und mit aller Entschiedenheit gewahrt wird, ohne dabei der Reichsregierung die Möglichkeit von Verhandlungen abzuschneiden. In dieser wird es nimmer stehen, die auf die bayerischen Vorschläge zurückzuführenden überleitenden Gesetzmäßigkeiten der Reichsregierung so abzugeben, daß der Grund der Erregung, die diese Gesetze bei der großen Mehrheit des bayerischen Volkes hervorgerufen haben, wegfällt. Es kann nicht durch einen Streit formal juristischer Fragen gelöst werden, sondern allein dadurch, daß auf dem Wege von Verhandlungen den bayerischen endgültigen Garantien dafür gegeben werden, daß in Zukunft die bayerische Reichsregierung die bayerischen Rechte der bayerischen Reichsregierung nicht noch mehr ausgedehnt werden können. Bayern hat den Reichspräsidenten um den bundesstaatlichen Charakter aufgenommen. Dieser Kampf kann nicht durch einen Kompromiß entschieden werden, sondern nur dadurch, daß sich die Reichsregierung und der Reichstag auf diesen bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches besinnen und ihre gesetzgeberischen Handlungen danach einrichten.

Der „Bayerische Kurier“ schreibt, die Staatsregierung hätte die übermäßige Mehrheit des Landtags und die übertragende Mehrheit des bayerischen Volkes hinter sich, wenn sie mit Entschlossenheit und Befähigung eine Lösung des Streikproblems anstrebe, durch die besser als bisher die Rechtsache des Reiches und die Rechtsache der bayerischen Volkspartei abgetrennt würden. Es könne sich nicht um irgend einen Kompromiß, sondern nur um eine notwendige Klärung im deutschen Verfassungswesen handeln. — Das gleiche Blatt bemerkt weiter, die Staatsregierung habe Hunderte von Zustimmungsschreibern zu ihrer Haltung aus dem ganzen Lande erhalten. Auch zahlreiche Deputierten hätten die Politik der Staatsregierung begrüßt. Auch die fränkischen Kreise hätten in dieser historischen Stunde Bayerns treu zur Politik der Regierung.

Br. Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Vollz.“ aus München erzählt, hat der Vorsitzende der bayerischen Mittelpartei, Hilpert, nachdem die vom Kabinett vorgelagerte Antwort an den Reichspräsidenten bereits genehmigt war, festgestellt, daß der Schlussatz, in dem in verständlichem Sinne darauf hingewiesen wird, daß durch die bayerische Regierung die materiellen Bestimmungen zum Schutze der Republik in Bayern zur Durchführung gelangen, zu Bedenken Anlaß gebe.

Koalitionserweiterung nach rechts in Bayern.

Br. München, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Beratungen des bayerischen Bauernbundes und der bayerischen Volkspartei, die am Mittwochabend in München stattfanden, haben, wie wir erfahren, zu dem Ergebnis geführt, daß beide Parteien sich grundsätzlich mit der Einbeziehung der bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei in die Koalition und damit mit der Koalitionserweiterung nach rechts einverstanden erklären. Aus Kreisen des bayerischen Bauernbundes wird die Stellungnahme dieser beiden Parteien damit beurteilt, daß im Augenblick vaterländische Interessen es notwendig machen, die Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Die Koalitionserweiterung und die damit verbundene Umbildung der Regierung soll nach dem Abschluß der Landtagsversammlung erfolgen, dürfte also schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Wie wir weiter hören, kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die bayerische Volkspartei das Zentrum in der Koalition beibehalten wird. Als Kandidat wird Staatsrat Dr. Meier, der im Augenblick als Stellvertreter des Ministerpräsidenten das juristische Ressort leitet, genannt. Die bayerische Mittelpartei dürfte das Handelsministerium übernehmen. Außerdem soll ein einziger Staatsrat im Justizministerium fallen. Die definitive Zustimmung der bayerischen Mittelpartei zu diesem Beschluß steht noch aus. In ihrer Zustimmung kann jedoch nicht gezweifelt werden, so daß mit dem Zustandekommen der nach rechts erweiterten Koalition in Bayern als eine Tatsache zu rechnen ist.

bergestellte Ragnettelephon zum praktischen Gebrauch und zu Anlagen in größerem Umfang als allgemein erzielten. Sein erstes Patent in Amerika datiert vom 6. April 1875. Vom Jahre 1877 an verbreitete sich das Telefon auch nach Europa. Über den Ursprung, den der telefonische Verkehr inwieweit genommen hat und über seine Bedeutung braucht wohl kaum etwas Neues gesagt zu werden. Graham Bell wurde am 3. März 1847 in Edinburgh geboren, er studierte daselbst Philosophie, ging 1870 nach Kanada und wurde dann Professor der Physiologie der Sprachwissenschaft in Boston. Im Jahr 1880 konstruierte er im Verein mit Sumner Tainter das Phonograph, eine Vorrichtung zur Übertragung von Schallbewegungen durch Lichtstrahlen.

* Erbsen für Platin. Als Platinerbsen kommen für technische Zwecke die Nickelplatinlegierungen in Betracht, sogenannte Platins. Diese besitzen ein Aussehen, das dem des Goldes und haben bereits seit geraumer Zeit als Rohstoffe des Platin in Schmelzen eintreten. Das gegen chemische Einflüsse äußerst widerstandsfähige Nickelchrom findet im Laboratorium, wenigstens zum Teil, das Platin als Ersatz, Drahtgeflecht und Blech. Die entweichenden Kobaltlegierungen überziehen noch die Nickellegierungen und werden auch in der Technik als Korrosions-Resistenz erwünscht. Aus Platinerbsen hat man auch eine Goldplatinlegierung hergestellt, die den Namen Tantal erhalten hat und in verschiedener Hinsicht das Platin an Widerstandsfähigkeit überbietet.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Am 7. August d. J. feiert der bayerische Dichter Felix Janoske seinen 80. Geburtstag. Der bekannte Schriftsteller, dessen Romane „Kantor Kalmus“ und „Daniel auf der Lüneburg“ besonderen Anklang gefunden haben, lebt in Breslau.

Wissenschaft und Technik. Zum Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin wurde für das kommende Geschichtswissenschaftler Dr. med. et phil. H. Heffter gewählt. Die Rektoratsübergabe erfolgt am 14. Oktober. — Nachdem bereits im vergangenen Jahr eine Theatergeschichtliche Abteilung des Deutschen Seminars an der Universität Köln gegründet worden ist, beschloß die Philosophische Fakultät nunmehr, Theatergeschichte als besonderes Prüfungsfach beim Doktorexamen anzuerkennen. Damit ist in Köln zum erstenmal dem Theaterwissenschaftler die Möglichkeit gegeben, sein Spezialstudium auch in seinem eigenen Fach zum Abschluss zu bringen.

Der griechisch-türkische Konflikt.

D. Konstantinopel, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Es werden 3 Zwischenfälle von der Grenzlinie gemeldet. In beiden Fällen überschritten griechische Patrouillen die Grenze. Im ersten Falle kam es zu einem Gefecht, wobei die Griechen drei Tote und einen Verletzten hatten. Die hohe Porte wird einen Protest an die Alliierten über die Selbstständigkeitserklärung Smarnas richten.

D. Athen, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat dem Oberkommandierenden der kleinasiatischen und thrakischen Armee Befehl gegeben, jeden Zusammenstoß mit den alliierten Truppen zu vermeiden.

D. Athen, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Erklärung des Außenministers Baltassil bereitet die griechische Regierung eine Antwort auf die Note der Alliierten vor. Der Minister erklärte, Griechenland habe nicht die Absicht, ohne die Genehmigung der Alliierten auf Konstantinopel zu marschieren. Als es um diese Erlaubnis nachsuchte, hat es den gleichen Zweck verfolgt wie die Alliierten bei der Besetzung Konstantinopels, nämlich die Türkei zum Kapitulation zu zwingen.

Beunruhigung in Konstantinopel.

D. Paris, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In Konstantinopel wird die Beunruhigung der Bevölkerung schon allein durch die widersprechenden und unwaranten Gerüchte geschürt, aber auch durch das Eintreffen der Grenzpolizei, die trotz des Verbotes der Alliierten in die Stadt einströmt. Bedrohliche Aufrufe können nicht verhindern, daß eine wahre Auswanderung von den europäischen Stadtteilen nach den asiatischen Küsten begonnen hat, so daß die alliierte Polizei nunmehr jeden Verkehr zwischen den beiden Ufern unterläßt hat.

Der Generalstreik in Italien.

D. Rom, 3. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In Anbetracht des offensichtlichen Misserfolges des Generalstreikes erwartet man allgemein, daß die Streikprobleme bis heute Abend aufgehoben werden. Bezeichnend für die Streikmüdigkeit innerhalb der Arbeiterfront ist die Äußerung des „Popolo d'Italia“, daß das Proletariat des Zwanges der Sozialisten und Kommunisten überdrüssig sei und daß der Streik und keine Generalstreik in der Zukunft liege. Ferner bringt das Blatt die Mitteilung, daß die sozialistischen Abgeordneten in Rom während der Streikzeit vorübergehend um Schutz gebeten haben, was natürlich nicht auf allzu großen Mut schließen läßt. Die militärische Belagerung vor dem Parlamentgebäude wurde weiterhin verstärkt. Daß die Nationalpartei ihre Abgeordneten zur Rückkehr in ihre Wahlkreise aufzufordern, um dort den Kampf gegen den Generalstreik zu führen, deutet an, daß das Ultimatum der Sozialisten an die Sozialisten und Kommunisten zur Einstellung des Generalstreikes ab.

Die Botshafter-Konferenz.

W. T. B. Paris, 2. Aug. Die Botshafterkonferenz hat heute vormittag verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Friedensverträge beraten.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Verfassungsfeier am 11. August.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern General v. Helldorf am 11. August folgendes angeordnet:

1. Sämtliche Dienstgebäude der inneren und allgemeinen Verwaltung sowie die Gebäude der selbständigen Verwaltungsgewerke haben am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidiums oder einer Regierung sind, haben die Vorstände dieser Behörden sich mit den dort vertretenden anderen Landes- und Reichsbehörden unverzüglich ins Benehmen zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen. Insbesondere empfiehlt es sich, auch mit den Spitzen der Kommunalverbände wegen Veranstaltung gemeinsamer Feiern Verbindung zu nehmen.

3. Wegen der äußeren Gestaltung der Feier im einzelnen (Anbrachen, gegebenenfalls auch musikalische und dekoratorische Darbietungen und dergleichen) wird den nachgeordneten Behörden weitgehendste Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt.

4. Die Bedeutung des Tages läßt es geboten erscheinen, daß an den Festtagen nicht nur Vertreter der Zivilbehörden sich beteiligen, sondern daß auch Vertreter der Bevölkerung hinzugezogen werden. Es sollen besondere Einladungen an die Spitzen der Militär- und Polizeibehörden, die Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, des Handels und des Handwerks erfolgen.

5. Sämtlichen Beamten der Verwaltungen ist, so weit sie nicht durch unauflösliche Dienstverhältnisse in Anspruch genommen sind und so weit die räumlichen Verhältnisse es zulassen, auf ihren Wunsch die Teilnahme an den Feiern zu gestatten.

— Die diesjährige Kartoffelernte im Rhein- und Maingebiet darf, wie gemeldet wird, als gesichert bezeichnet werden. Diese Ansicht wird von den Landwirten allgemein geteilt. Seit den Jahren die Kartoffelernte so vielversprechend wie in diesem Jahr. Die Stöcke zeigen prächtig entwickeltes, dunkelgrünes Kraut, und der Knollenansatz ist reichlich. Trotz der vielfach nachteiligen Witterung entwickelte sich die Knollen in dem im vorliegenden Jahr völlig durchglühenden Boden ganz ausgezeichnet. Der gute Ausfall der Frühkartoffelernte läßt schon an und für sich auf eine reiche Ernte in Spätkartoffeln mit Sicherheit hoffen. Eine gute Kartoffelernte wäre um so erfreulicher, als damit auch ein Ausgleich für die nicht überall befriedigende Broterzeugung gegeben und unsere Volksernährung in der Sommerperiode gesichert wäre. Die Preise für Frühkartoffeln gehen angesichts dieser besseren Ausichten überall rasch zurück.

— Reparationslieferungen im freien Verkehr an Frankreich. Der Handelsminister Wiesbaden ist eine Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin, ausgegangen über das Verfahren bei Reparationslieferungen im freien Verkehr an Frankreich, die in der Geschäftsstelle der Kammer, Adelsstraße 23, eingehenden werden kann.

— Erhebung von Steuerzuschüssen. Zur Vorbereitung der Wahl von 15 Mitgliedern und von 15 Stellvertretern der Gewerbesteuerklasse 3 ist Termin auf Montag den 14. August d. J., vormittags 9 Uhr, in der Turnhalle des Logenums 2 am Rödelplatz und zur Vorbereitung der Wahl von 7 Mitgliedern und von 7 Stellvertretern der Gewerbesteuerklasse 4 ebenfalls Montag, den 14. August d. J., vormittags 11 Uhr. Wahlberechtigt sind die in den betreffenden Gewerbesteuerklassen veranlagten Gewerbetreibenden, mit Ausnahme derjenigen, die nach den bisherigen Feststellungen in Folge höherer Ertrags aus der Steuerpflichtigkeit ausgeschlossen sind und in die Steuerpflichtigkeit der Klasse 2 oder 3 aufgenommen sind. Wählbar sind nur solche männlichen Wahlberechtigten der betr. Klasse, welche den 25. Lebensjahr vollendet

Wiesbaden, den 1. August 1922.
Reichsenerbverwalt.